

Befehlsblatt

Ausgabe A

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt (I Org), Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 5

Berlin, den 10. Februar 1945

6. Jahrgang

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Runderlasse aus dem Bereich des Amtes II: RdErl.
3. 1. 1945 Gehaltsbescheinigungen zur Sicherung der Auszahlung von laufenden Dienst- und Versorgungsbezügen. S. 35. — RdErl. 15. 1. 1945 Ehrenpatenschaften des Reichsführers- H . S. 35. — RdErl. 17. 1. 1945 EWGG.-Gebühren und Räumungsfamilienunterhalt. S. 35. — RdErl. 19. 1. 1945 Versendung von Ernennungs-, Beförderungs- und Entlassungsurkunden; hier: Rückgabe der Urkunden-Schutzdeckel. S. 35. — RdErl. 24. 1. 1945 Anrechnungsgewicht bei Hausschlachtungen auf die Truppenverpflegung; Verwertung der Acker- und Gartenbauerzeugnisse. S. 36. — RdErl. 25. 1. 1945 Bezüge nach dem EWGG. und Räumungsfamilien-

unterhalt. S. 36. — RdErl. 25. 1. 1935 Zustellungen durch die Post. S. 37.

Runderlaß aus dem Bereich des Amtes IV: RdErl.
22. 1. 1945 Beschlagnahme von Druckschriften, die nicht in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums eingereiht worden sind. S. 37.

Runderlasse aus dem Bereich des Amtes V: RdErl.
19. 1. 1945 Abrüstung von kriminaltechnischen Geräten. S. 37. — RdErl. 20. 1. 1945 Zentralexkuffstelle für Rückgeführte und Umquartierte (ZAR.). S. 38.

Runderlaß aus dem Bereich des Amtes N: RdErl.
18. 1. 1945 Dringende Staatsgespräche. S. 38.
Personalmitteilungen. S. 38.

Runderlasse aus dem Bereich des Amtes II:

Gehaltsbescheinigungen zur Sicherung der Auszahlung von laufenden Dienst- und Versorgungsbezügen.

RdErl. d. RF H uChdDtPol. vom 3. 1. 1945
— O-W II a 33 — 1/45 und S II A 1 a Nr. 295/45-235-2 —
An die staatl. Pol.Behörden.

Unter Hinweis auf Buchstabe B meines Schnellbriefes vom 8. 9. 1943 — O-VuR. Org. 3-122/43 — und S I Org. Nr. 468/53-151 — mache ich darauf aufmerksam, daß durch die Neuregelung der Abfindung infolge Einführung des EWGG. bei der Polizei am 1. 1. 1945 in vielen Fällen die Ausstellung neuer Gehaltsbescheinigungen erforderlich sein wird.

Falls Gehaltsbescheinigungen auf Grund des genannten Schnellbriefes seiner Zeit nicht ausgestellt worden sind, ist dies von den gehaltzahlenden Kassen oder anweisenden Dienststellen unverzüglich nachzuholen.

Die Praxis hat gezeigt, daß die Gehaltsbescheinigungen von vielen Empfängern nicht mit der erforderlichen Sorgfalt aufbewahrt oder mitgeführt werden. Stockungen im Empfang der Gebühren bei Räumungen usw. waren die selbstverständliche Folge. Ich bitte, die Gehaltsempfänger entsprechend zu belehren.

I. A.: Dr. Diederichs.

BefBIS. S. 35.

Ehrenpatenschaften des Reichsführers- H .

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 15. 1. 1945
— II A 2 b — Nr. 7048/44 —

An Sich.Pol. u. SD.

(1) Ehrenpatenschaften des Reichsführers- H bei der Geburt des 7. Kindes können nicht nur von H -Männern, sondern auch von Polizeiangehörigen beantragt werden.

(2) Der Runderlaß vom 16. 2. 1944 (BefBIS. S. 38) findet daher auch auf Polizeiangehörige Anwendung.
I. A.: Kreklow.
BefBIS. S. 35.

EWGG.-Gebühren und Räumungsfamilienunterhalt.
RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 17. 1. 1945
— II A 4/1245/45 —

An Sich.Pol. u. SD.

Die Anwendung des Einsatz-Wehrmachtgebührgesetzes (EWGG.) ab 1. 1. 1945 auf die Angehörigen der Sich.Pol. u. SD wirkt sich u. a. auch auf die Höhe des Räumungsfamilienunterhalts aus (Hinweis auf den 16. RdErl. über die Ausführung des Räumungsfamilienunterhalts vom 10. 6. 1944 — MBIV. S. 579). Alle Angehörigen der Sich.Pol. u. SD, deren Familien umquartiert sind und Räumungsfamilienunterhalt beziehen, werden auf ihre Verpflichtung, Änderungen der Einkommens- und Familienverhältnisse der Räumungsfamilienunterhaltsbehörde anzuzeigen, hingewiesen.

I. A.: Hoppe.

BefBIS. S. 35.

Versendung von Ernennungs-, Beförderungs- und Entlassungsurkunden; hier: Rückgabe der Urkunden-Schutzdeckel.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 19. 1. 1945
— II HB 1 Nr. 224/45 —

An die Sich.Pol.

(1) Zum Schutze der vom Reichssicherheitshauptamt zur Versendung oder Weitergabe kommenden Ernennungs-, Beförderungs- und Entlassungsurkunden werden in Größe der Urkunden zugeschnittene starke Pappen verwendet. Diese als Urkunden-Schutzdeckel

bezeichneten Pappen tragen beiderseits folgenden Hinweis:

„Dieser Urkunden-Schutzdeckel ist Eigentum des Reichssicherheitshauptamtes. Rückgabe ohne Verzug an das Hauptbüro des Reichssicherheitshauptamtes in (1) Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8.“

(2) Trotz des augenfälligen Hinweises gelangen die Schutzdeckel nur in geringer Anzahl zurück. Die Dienststellen verkennen hierbei die Rohstoffknappheit, durch die es dem Reichssicherheitshauptamt nicht mehr möglich ist, Urkunden-Schutzdeckel neu zu beschaffen. Eine Versendung ohne Schutzdeckel würde jede Urkunde beschädigen. Die Dienststellen werden daher im eigenen Interesse ersucht, eingegangene und noch eingehende Urkunden-Schutzdeckel ohne jeden Verzug zurückzusenden.

I. V.: Spacil.

BefBlS. S. 35.

Anrechnungsgewicht bei Hausschlachtungen auf die Truppenverpflegung; Verwertung der Acker- und Gartenbauerzeugnisse.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 24. 1. 1945
— II B 2 — 52/45 —

An Sich.Pol. u. SD.

Nachstehender Erl. des W-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes über das Anrechnungsgewicht bei Hausschlachtungen auf die Truppenverpflegung und über die Verwertung der Acker- und Gartenbauerzeugnisse wird für die Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD mit amtlicher Verpflegung bekanntgegeben.

I. A.: Rievers.

BefBlS. S. 36.

Anlage:

W-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt

Az.: BI 127/Bo/St.

Berlin-Lichterfelde-West, den 8. Januar 1945.

Anordnung für das Verpflegungswesen Nr. 524
Truppe Nr. 233

Betr.: Anrechnungsgewicht bei Hausschlachtungen auf die Truppenverpflegung; Verwertung der Acker- und Gartenbauerzeugnisse.

I. Anrechnungsgewicht bei Hausschlachtungen.

Die mit Anordnung für das Verpflegungswesen Nr. 460, Truppe Nr. 199, Abschn. II, 2 gebietsweise Festsetzung der Anrechnungsgewichte bei selbstgezogenen Schweinen im Heimatkriegsgebiet entfällt.

Mit sofortiger Wirkung gilt an Stelle dieser Festsetzungen allgemein für die Anrechnungsgewichte bei Schweinen die Umrechnungstabelle 6 der Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft.

Nach dieser Tabelle entsprechen

100 kg Lebendgewicht einem Anrechnungsgewicht von 76 kg.

Der bisher zulässige 5%ige Abzug hiervon ist nicht mehr gestattet. Die neue Bestimmung für das Anrechnungsgewicht entspricht dem bisherigen Abzug von 5%.

Die Anordnung für das Verpflegungswesen ist entsprechend zu ändern.

II. Verwertung der Acker- und Gartenbauerzeugnisse.

Das OKW. erläßt demnächst eine Verfügung über „Tierhaltung und Verwertung der Erträge aus der Tierhaltung und der Acker- und Gartenbauerzeugnisse bei den Dienststellen, Einheiten und landwirtschaftlichen Betrieben der Wehrmacht“. In diesem vorläufigen Entwurf ist auch für die Verwertung der Acker- und Gar-

tenbauerzeugnisse innerhalb und außerhalb des Reichsgebiets folgende Regelung vorgesehen, nach der schon jetzt zu verfahren ist:

1. Bei der Truppe. Über die Anrechnung der durch die Ausnutzung von Äckern, Gemüsegärten und Nutzflächen gewonnenen Acker- und Gartenbauerzeugnisse auf die Verpflegungsportionen wird bestimmt:

- Gewonnene Erzeugnisse aus Anbauflächen bis zu 10 qm je Kopf der Verpflegungsstärke werden nicht auf die Portionssätze angerechnet;
- Erzeugnisse aus bebauten Flächen über 10 qm je Kopf der Verpflegungsstärke sind dagegen, soweit sie für den eigenen Bedarf benötigt werden, zu 75 % auf den Verpflegungsempfang anzurechnen;
- Kartoffeln sind ohne Rücksicht auf die Größe der Anbaufläche stets mit 75 % des Ertrags anzurechnen;
- Ist die Anbaufläche jedoch so groß, daß bereits $\frac{3}{4}$ der Erträge nach b) und c) den Eigenbedarf der Einheit übersteigt, so liegt landwirtschaftliche Großnutzung im Sinne von Ziff. 2 vor.

2. Bei landwirtschaftlicher Großnutzung und bei landwirtschaftlichen Betrieben der Wehrmacht, Waffen- und Polizei.

Die Erzeugnisse des landwirtschaftlichen Anbaus sind zu verwenden zur Deckung

- des eigenen Bedarfs einschl. des Bedarfs der wirtschaftlich angeschlossenen Einheiten und Dienststellen der Wehrmacht, Waffen- und Polizei,
- des Bedarfs in der Nähe liegender Einheiten und Dienststellen aller Wehrmachtteile, der Waffen- und Polizei unter Mitwirkung der zuständigen Verpflegungsdienststellen.

Die Erträge sind zu a) mit 75 % (bei 100 kg werden also nur 75 kg angerechnet), zu b) durch die Verpflegungsdienststellen (Wehrmacht oder Waffen-) in vollem Umfang auf die Verpflegungsportionen anzurechnen.

Der Chef des Amtes Verpflegungswirtschaft.
gez. Tschentscher, W-Standartenführer.

Bezüge nach dem EWGG. und Räumungsfamilienunterhalt.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 25. 1. 1945
— II A 2 b — Nr. 7060/45 —

An Sich.Pol. u. SD.

(1) Die Festsetzung des bei Umquartierung wegen Luftgefährdung oder Fliegerschäden oder infolge Rückführung aus Freimachungsgebieten für Familienangehörige zuständigen Familienunterhalts erfolgt bei Einberufenen, die Wehrmachtsgebühren (Wehrsold usw.) beziehen, abweichend von den allgemeinen Bestimmungen nach besonderen Richtlinien.

(2) Bestimmungsgemäß hat der Unterhaltspflichtige wesentliche Veränderungen in seinen Einkommensverhältnissen der Familienunterhaltsbehörde zu melden.

(3) Im Hinblick darauf, daß ab 1. 1. 1945 auch die Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD Bezüge nach dem EWGG. (Wehrsold usw.) erhalten und einem erheblichen Teil ihrer Familien infolge Umquartierung Räumungsfamilienunterhalt gewährt wird, sind alle in Betracht kommenden Dienststellenangehörigen auf ihre Pflicht, den Empfang von Wehrsold usw. sowie die dadurch eingetretene Veränderung ihres Nettoeinkommens den Familienunterhaltsbehörden, erforderlichenfalls unter Beifügung einer Gehaltsbescheinigung, mitzuteilen, hinzuweisen.

(4) Eine Außerachtlassung dieser Pflicht kann, abgesehen von sonstigen Folgen, früher oder später dazu führen, daß der seit dem 1. 1. 1945 evtl. zu Unrecht empfangene Räumungsfamilienunterhalt von der Festsetzungsbehörde zurückgefordert wird. Hierzu wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine derartige Rückforderung nicht als Grund für die Beantragung einer Unterstützung anerkannt werden kann.

I. A.: Kreklow.

BefBIS. S. 36.

Zustellungen durch die Post.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 25. 1. 1945
— II HB 1 Nr. 225/45 —

An Sich.Pol. u. SD.

Den nachstehend abgedruckten RdErl. des RmdJ. vom 9. 12. 1944 — I 7050/43/1. 12 — (MBliV. 44 S. 1205) bringe ich im Anschluß an den RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 9. 10. 1943 — II HB Nr. 66/43 — (BefBl. S. 318) allen Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD zur Kenntnis.

I. V.: Spacil.

BefBIS. S. 37.

Anlage:

Zustellungen durch die Post.

RdErl. d. RmdJ. v. 9. 12. 1944 — I 7050/43/1. 12.

(1) In Ergänzung meines RdErl. vom 31. 8. 1943 (MBliV. S. 1408) bestimme ich auf Grund von § 3 der PostzustellungsVO. vom 23. 8. 1943 (RGBl. I S. 527) im Einvernehmen mit allen übrigen Obersten Reichsbehörden mit Wirkung für die gesamte öffentl. Verwaltung:

1. Bei Zustellungen durch die Post ist die Sendung auf der Anschriftseite durch das in die Augen springende Wort „Zustellung“ zu kennzeichnen. Am unteren Rande unterhalb der Angaben zur Wohnung des Empfängers ist zu vermerken: „Nicht nachsenden! Falls Empfänger verzogen, mit neuer Anschrift an Absender zurück.“ Beide Vermerke sollen möglichst durch Druck oder mittels Stempels hergestellt werden.

2. Nach Nr. 3 des RdErl. vom 31. 8. 1943 gilt bei Einwurf der zuzustellenden Sendung in einem Straßenbriefkasten der Tag der nächsten Leerung als Tag der Aufgabe zur Post. Dies hat zur Voraussetzung, daß die Geschäftsstelle darüber unterrichtet sein muß, wann die von ihr im Laufe des Tages zur Zustellung gegebenen Sendungen nach dem Geschäftsgang der Dienststelle und den Leerungszeiten der Briefkästen der Post übergeben werden. Die erforderlichen Anordnungen trifft der Dienststellenvorstand.

(2) Ich weise darauf hin, daß die PostzustellungsVO. und daher auch die dazu ergangenen Erl. im Protektorat Böhmen und Mähren nicht anwendbar sind.

Zusatz für die Obersten Reichsbehörden:

Die Obersten Reichsbehörden werden gebeten, diesen RdErl. in ihren Weisungsblättern abzudrucken.

I. A.: Dr. Kessler.

An die nachgeordneten Behörden sowie die Gemeinden, Gemeindeverbände, sonst. Körperschaften des öffentl. Rechts.

An die Obersten Reichsbehörden, den Preuß. Ministerpräsidenten, das Reichsbankdirektorium.

Runderlaß aus dem Bereich des Amtes IV:

Beschlagnahme von Druckschriften, die nicht in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums eingereiht worden sind.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 22. 1. 1945
— IV A 5 b — 804 144 —

An Sich.Pol. u. SD.

Unter Bezugnahme auf meinen RdErl. vom 9. 6. 1941 — IV C 3 (neu) 4174/B — (BefBIS. S. 103) teile

ich folgende Druckschrift mit, die ohne Einreihung in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums zu beschlagnahmen und einzuziehen ist:

Höpner, Albert: „Das abendländische Buch Gottes“
Verlag: HeDeK, Hannover.

I. A.: Sanders.

BefBIS. S. 37.

Runderlasse aus dem Bereich des Amtes V:

Abrüstung von kriminaltechnischen Geräten.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 19. 1. 1945
— KTI-W-E 57 Nr. 10 262/45 —

An die Sich.Pol.

Aufgelöste Einsatzdienststellen der Sich.Pol. haben vor der Absendung die Abrüstung von kriminaltechnischen Geräten dem Reichssicherheitshauptamt — KTI — Berlin C 2, Werderscher Markt 5—6, zu melden. Nähere Weisung über die Durchführung der Abrüstung wird durch die Beschaffungsstelle für kriminaltechnische Geräte, z. Z. Köninghof/Elbe, Elisabethgasse 1585, gegeben.

I. A.: Dr. Heeß.

BefBIS. S. 37.

Zentralauskunftsstelle für Rückgeführte und Umquartierte (ZAR.).

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 20. 1. 1945
— V A 1 b Nr. 2528/44 —

An Sich.Pol. u. SD.

(1) Im Anschluß an den RdErl. vom 22. 9. 1944 (BefBIS. S. 279) wird mitgeteilt, daß von der ZAR. in Zukunft auch alle aus Luftkriegsgründen Umquartierten bzw. Abgewanderten erfaßt werden. Die Meldebehörden sind durch RdErl. vom 14. 12. 1944 (MBliV. S. 1210) angewiesen, auch vom Zuzuge dieser Personen der ZAR. durch Übersendung von 2 Rückmeldedoppeln Kenntnis zu geben. Die Mitteilungspflicht umfaßt auch die Personen, die sich zuletzt im Ausland aufgehalten haben.

(2) Die Auskunftsstelle führt deshalb künftig die Bezeichnung „Zentralauskunftsstelle für Rückgeführte und Umquartierte“.

I. A.: Werner.

BefBIS. S. 37.

Runderlaß aus dem Bereich des Amtes N:

Dringende Staatsgespräche.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 18. 1. 1945
— N/Fe-3-Nr. 3004/45 —

An Sich.Pol. u. SD.

1. RPM. hat nachstehenden Erlaß übersandt, der hiermit allen Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD zur Kenntnis und besonderen Beachtung bekanntgegeben wird.

2. Falls Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD die Berechtigung zum Führen dringender Staatsgespräche von ihren Anschlüssen aus noch nicht besitzen, ist in eigener Zuständigkeit ein entsprechender Antrag bei den örtlichen Fernämtern der Post zu stellen.

3. Bei der Anmeldung dienstlicher Wohnungsfernsprechanschlüsse sind nur solche Anschlüsse in die Liste aufzunehmen, deren Inhaber auf Grund ihrer Tätigkeit gezwungen sind, dringende Staatsgespräche zu führen.

Für das Reichssicherheitshauptamt erfolgt die Antragstellung bei der Post durch das Amt N/Fe.

I. V.: Sansoni.

BefBIS. S. 38.

Anlage:

Der Reichspostminister Berlin, den 13. Dezember 1944.
II 4114-O

An die Obersten Reichsbehörden

Dringende Staatsgespräche

Nach § 37 der Fernsprechnordnung können Reichs- und Landesbehörden von ihren Anschlüssen dringende Staatsgespräche anmelden und führen. Die Durchführung dieser Vorschrift setzt aber voraus, daß diese Anschlüsse bei dem zuständigen Fernamt zuvor in eine besondere Liste der zur Anmeldung dringender Staatsgespräche berechtigten Anschlüsse aufgenommen werden. Damit also von einem Anschluß dringende Staatsgespräche angemeldet und geführt werden können, bedarf es zuvor eines Antrages der Behörde auf Aufnahme des betreffenden, genau zu bezeichnenden Anschlusses in jene Liste. Wird ein Antrag auf Zulassung des Anschlusses in die Liste nicht rechtzeitig vor der Anmeldung eines dringenden Staatsgespräches gestellt, kann einer Anmeldung dringender Staatsgespräche von diesem Anschluß nicht stattgegeben werden.

Seit längerer Zeit versuchen Angehörige von Behörden immer wieder, dringende Staatsgespräche von Anschlüssen anzumelden, deren Aufnahme in die Liste der zu dringenden Staatsgesprächen berechtigten Behörden aber weder beantragt noch zugelassen ist. Derartige Anmeldungen sind im Betriebe bisher vielfach zunächst entgegengenommen worden. Damit ist aber die Möglichkeit gegeben, dringende Staatsgespräche unberechtigt zu führen; außerdem entsteht durch die notwendigen Feststellungen erhebliche Verwaltungsarbeit, die unbedingt vermieden werden muß.

Künftig werden Anmeldungen dringender Staatsgespräche von Anschlüssen, deren Aufnahme in die erwähnte Liste nicht bereits vorher beantragt und zugelassen worden ist, nicht mehr ausgeführt werden. Ich habe meine Dienststellen angewiesen, hiernach zu verfahren und bei Einwendungen auf dieses Schreiben zu verweisen.

Ich bitte um Verständigung der nachgeordneten Stellen.

Personalmitteilungen:

Reichssicherheitshauptamt.

Übernahme in den Dienst der Sich.Pol.: Ob.Reg.Rat Willy Grote.

Ernannt zum Krim.Insp.: KOS. Lorenz.

Befehlshaber der Sich.Pol. u. des SD.

Beauftragt mit der Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des BdSuSD in Triest: 4-Oberführer u. Oberst d. Pol. Dr. Schaefer, bisher BdSuSD in Serbien, Sandschak u. Montenegro.

Kommandeure der Sich.Pol.

Ernannt zum Krim.Insp.: die KOS. Däves (KdS. Prag, Abt. IV) u. Schnütgen (KdS. Königsberg, Abt. IV).

Staatspolizei(leit)stellen.

Beauftragt mit der Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des Leiters der Stapost. Bremen: 4-Obersturmbannführer Ob.Reg.Rat Dr. Schweder.

Ernannt zum Krim.Insp.: die 4-Untersturmführer KOS. Sachse (Chemnitz), Otto Schmidt u. Wießmeyer (Berlin); die KOS. Flath (Darmstadt) u. Otto Eberhardt (Weimar).

SD.

Kommandiert: die 4-Hauptsturmführer Karl Hermann zum SD-A. Innsbruck, Gerhard Haupt zum Reichssicherheitshauptamt, Dr. Fritz Günzel zum SD-A. Dortmund; 4-Obersturmführer Bernd Dilger zum SD-A. Klagenfurt.

Beauftragt: 4-Hauptsturmführer Dr. Karl Kelber mit der Leitung der SD-Dienststelle Prag.

BefBIS. 1945 S. 38.

Befehlsblatt

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Ausgabe A

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt (I Org), Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 6

Berlin, den 17. Februar 1945

6. Jahrgang

Kriegsauszeichnungen.

Der Führer hat das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes

dem **†**-Obersturmbannführer Reiner Gottstein, Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD Budapest,

in Würdigung seines persönlichen tapferen Einsatzes und zugleich in Anerkennung des heldenhaften Kampfes aller im Raum von Budapest eingesetzten Angehörigen der Sicherheitspolizei und des SD verliehen.

Das Deutsche Kreuz in Gold wurde verliehen:

dem **†**-Standartenführer Dr. Rudolf Lange, Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Posen, dem Korvettenkapitän Friedrich Vollheim, Reichssicherheitshauptamt.

Das Eisene Kreuz 1. Klasse wurde verliehen:

dem **†**-Scharführer Leo von der Recke, beim Kommandeur der Sicherheitspolizei Posen, abgeordnet zum Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD Warschau.

Das Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse mit Schwertern wurde verliehen:

dem **†**-Sturmbannführer Regierungs- und Kriminalrat Alexander Zimmermann, Kommandeur der Sicherheitspolizei Posen,

dem **†**-Sturmbannführer Kriminaldirektor Erich Lipik, Staatspolizeileitstelle Berlin,

dem **†**-Sturmbannführer Regierungsrat Dr. Gerhard Bast, Staatspolizeistelle Linz, abgeordnet zum Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD Preßburg,

dem **†**-Hauptsturmführer Dr. Herbert Boehrsch, SD-Leitabschnitt Wien, abgeordnet zum Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD Preßburg,

dem **†**-Hauptsturmführer Dr. Robert Klatt, Reichssicherheitshauptamt, abgeordnet zum Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD Preßburg,

dem **†**-Sturmbannführer Kriminalrat Hermann Domke, beim Kommandeur der Sicherheitspolizei Bromberg,

dem **†**-Hauptsturmführer Polizeioberinspektor Walter Heier, Staatspolizeistelle Köln,

dem **†**-Hauptsturmführer Kriminalkommissar Wilhelm Eckhardt, beim Kommandeur der Sicherheitspolizei Westmark, abgeordnet zum Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD Warschau,

dem **†**-Hauptsturmführer Kriminalrat Gustav Krüger, Staatspolizeileitstelle Berlin,

dem **†**-Obersturmführer Kriminalkommissar Felix Bartoll, Staatspolizeileitstelle Berlin,

dem **†**-Obersturmführer Kriminalkommissar Herbert Deffner, Kriminalpolizeileitstelle Köln, abgeordnet zum Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD Preßburg,

dem **†**-Obersturmführer Kriminalrat Johann Sanitzer, beim Kommandeur der Sicherheitspolizei Wien,

dem **†**-Obersturmführer Kriminalkommissar Kurt Lach, beim Kommandeur der Sicherheitspolizei Prag,

dem **†**-Obersturmführer Kriminalkommissar Heinz Jantur, beim Kommandeur der Sicherheitspolizei Prag,

dem **†**-Sturmscharführer Kriminalinspektor Lambert Leutgeb, beim Kommandeur der Sicherheitspolizei Wien,

dem **†**-Sturmscharführer Erich Rogge, Staatspolizeistelle Kiel, z. Zt. in einer **†**-Ausbildungsabteilung,

dem **†**-Sturmscharführer Friedrich Thöle, Staatspolizeileitstelle Münster, z. Zt. in einer **†**-Ausbildungsabteilung,

dem **†**-Sturmscharführer Kriminalsekretär Franz Schauer, Staatspolizeileitstelle Nürnberg,

dem **†**-Hauptscharführer Regierungsinspektor Gerhard Möller, SD-Abschnitt Weimar, z. Zt. Oberzahlmeister bei der Wehrmacht,

dem **†**-Oberscharführer Hans Sahlinger, beim Kommandeur der Sicherheitspolizei Reichenberg, abgeordnet zum Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD Warschau,

dem **†**-Oberscharführer Erhard Wolf, Staatspolizeistelle Weimar.

Das Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse ohne Schwerter wurde verliehen:

dem Polizeirat August Rottau, Staatspolizeileitstelle Berlin.

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Runderlasse aus dem Bereich des Amtes I: RdErl. 26. 1. 1945 Anerkennung. S. 40. — RdErl. 31. 1. 1945 Anerkennung. S. 40. — RdErl. 31. 1. 1945 Anerkennung. S. 40. — RdErl. 7. 2. 1945 Anerkennungen S. 40. — RdErl. 15. 2. 1945 Umwandlung von Inspekteur-Dienststellen in Befehlshaber-Dienststellen. S. 40.

Runderlasse aus dem Bereich des Amtes II: RdErl. 10. 11. 1944 Zweckentfremdung von Wohnungen im Bereich der staatl. Polizei. S. 40. — RdErl. 26. 1. 1945 Nachtdienstzulage und Überstundenvergütung.

S. 41. — RdErl. 31. 1. 1945 Sparsame Ausgabenwirtschaft. S. 41.

Runderlasse aus dem Bereich des Amtes IV: RdErl. 23. 1. 1945 Befreiung von Arbeitskräften aus dem altsovjetschen Gebiet von den für Ostarbeiter erlassenen sicherheitspolizeilichen Sondervorschriften; hier: Ostarbeiter bulgarischer Volkszugehörigkeit. S. 41. — RdErl. 31. 1. 1945 Bekämpfung des Arbeitsvertragsbruchs ausländischer Arbeitskräfte. S. 42.

Runderlasse aus dem Bereich des Amtes I:

Anerkennung.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 26. 1. 1945
— I A 1 a (2) Nr. 20 721/44 —

An Sich.Pol. u. SD.

Auf Vorschlag des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD hat der Reichsführer-~~SS~~ dem
~~SS~~-Sturmscharführer Kriminalsekretär
Hans Tamm
beim Kommandeur der Sicherheitspolizei in
Litzmannstadt

seine Anerkennung für hervorragende fachliche Leistungen und persönliche Einsatzbereitschaft ausgesprochen.

I. V.: Ehrlinger.

BefBIS. S. 40

Anerkennung.

RdErl. des Chefs der Sich.Pol. u. des SD vom 31. 1. 1945
— I A 1 a (2) Nr. 236/43 —

An Sich.Pol. u. SD.

Ich habe dem
~~SS~~-Sturmscharführer Kriminalsekretär
Wilhelm Rudolph
beim Kommandeur der Sicherheitspolizei in
Reichenberg

meine Anerkennung für besondere fachliche Leistungen und persönliche Einsatzbereitschaft ausgesprochen.

Dr. Kaltenbrunner.

BefBIS. S. 40

Anerkennung.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 31. 1. 1945
— I A 1 a (2) Nr. 20 649/44 —

An Sich.Pol. u. SD.

Auf Vorschlag des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD hat der Reichsführer-~~SS~~ dem
~~SS~~-Hauptscharführer Kriminalangestellten
Franz Wiegele,
beim Kommandeur der Sicherheitspolizei und des
SD in der Untersteiermark,

seine Anerkennung für hervorragende fachliche Leistungen und persönliche Einsatzbereitschaft ausgesprochen.

I. V.: Ehrlinger.

BefBIS. S. 40

Anerkennungen.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 7. 2. 1945
— I A 1 a (2) Nr. 20 013/45 —

An Sich.Pol. u. SD.

Auf Vorschlag des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD hat der Reichsführer-~~SS~~ dem

~~SS~~-Sturmbannführer Kriminaldirektor

Werner Togotzes,

~~SS~~-Hauptsturmführer Kriminalkommissar

Gottfried Sump,

~~SS~~-Obersturmführer Kriminalkommissar

Eduard Spengler,

~~SS~~-Obersturmführer Kriminalkommissar

Hans-Joachim Sommerfeld,

~~SS~~-Bewerber Kriminalinspektor

Hans Zimmermann,

Staffel-Mann Kriminalobersekretär

Hermann Fuchs,

bei der Kriminalpolizeileitstelle Berlin,

seine Anerkennung für fachliche Leistungen und persönliche Einsatzbereitschaft ausgesprochen.

I. A.: Wanninger.

BefBIS. S. 40

Umwandlung von Inspekteur-Dienststellen in Befehlshaber-Dienststellen.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 15. 2. 1945
— I. Org. Nr. 28/29/1945 —

Die Inspekteur-Dienststellen in Berlin und Danzig wurden in Befehlshaber-Dienststellen umgewandelt.

Als Befehlshaber der Sich.Pol. u. des SD in Danzig wurde ~~SS~~-Brigadeführer u. Generalmajor der Polizei Willich, als Befehlshaber der Sich.Pol. u. des SD in Berlin ~~SS~~-Oberführer u. Oberst der Polizei Fischer eingesetzt.

I. A.: Wanninger.

BefBIS. S. 40

Runderlaß aus dem Bereich des Amtes II:

Zweckentfremdung von Wohnungen im Bereich der staatlichen Polizei.

RdErl. des RF~~SS~~uChdDtPol. vom 10. 11. 1944

— O-W III (c) Allg. 1 Nr. 33 VII/44 -/S. II B 1 Nr. 1370/44. —

An die staatl. Pol.-Behörden (einschl. Geh. Staatspol.)

(1) Der Reichswohnungskommissar hat unterm 5. 10. 1944 - III/1 Nr. 4020/52/44 - die der Wehrmacht, Polizei und NSDAP. durch Erlaß des RAM. vom 15. 9. 1944 - IV a 7 Nr. 5005/77/42 - zugestandene Sonderstellung bei der Zweckentfremdung von Wohnungen aufgehoben. Mein RdErl. vom 17. 11. 1942 - O-VuR. U Allg. 1 Nr. 34 III/42 - und S II C 3 Nr. 268/42 - 266-4 (nicht veröffentlicht) wird daher aufgehoben.

(2) Soweit künftig in besonderen Ausnahmefällen die Inanspruchnahme von Wohnungen für dienstliche

Zwecke unvermeidbar sein sollte, sind Anträge auf Ausnahmegenehmigung an den zuständigen Gauwohnungskommissar zu richten.

I. A.: Dr. Diederichs.

BefBIS. S. 40

Nachtdienstzulage und Überstundenvergütung.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 26. 1. 1945
— II A 2 a Nr. 5168/44-249-9 —

An die Sich.Pol.

Gemäß RdErl. des RFHuChdDtPol. vom 10. 11. 1944 (BefBIS. S. 340), betr. Einsatzabfindung der Gefolgschaftsmitglieder, Abschn. II Abs. 9, erhalten die Gefolgschaftsmitglieder mit Einsatzabfindung weder Nachtdienstzulage (RdErl. des RMdI. vom 29. 10. 1943 — MBlIV. S. 1665 — und RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 17. 12. 1943 — BefBIS. 1944 S. 5 —), noch für gelegentliche Überstunden eine besondere Vergütung. Diese Bestimmung gilt vom 1. 1. 1945 an in vollem Umfange auch für die Wehrsoldempfänger (H-Soldbuchinhaber).

I. V.: Spacil.

BefBIS. S. 41

Sparsame Ausgabenwirtschaft.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 31. 1. 1945
— II A 1 a Nr. 307/45-226 —

An die Sich.Pol.

I. Die zunehmende Dauer des Krieges macht sowohl aus finanziellen wie aus güterwirtschaftlichen Gründen verstärkte Sparsamkeit bei den Ausgaben der Sich.Pol. unbedingt notwendig. Jeder Angehörige der Sich.Pol., der irgendwie an Befehlen, Verfügungen, Anordnungen, Vorschlägen usw. beteiligt ist, die zu Ausgaben führen, muß sich die Notwendigkeit vor Augen halten, daß äußerste Sparsamkeit geboten ist.

1. Finanziell ist folgendes zu beachten: Jede Ausgabe zu Lasten des Reichs erfordert Deckung aus den Einnahmen des Reichs. Das Reich verfügt, abgesehen von den Besatzungskosten (siehe II), über folgende Einnahmequellen:

- a) Steuern,
- b) Verwaltungseinnahmen,
- c) Anleihen.

Je mehr Ausgaben zu leisten sind, desto mehr Steuern und Verwaltungseinnahmen müssen erhoben werden. Soweit die Steuern und Verwaltungseinnahmen zur Ausgabendeckung nicht ausreichen, müssen Anleihen aufgenommen werden. Sie erfordern Zinszahlungen, die den Reichseinnahmen entnommen werden müssen. Die Anleihen belasten darüber hinaus die Finanzlage des Reichs

für die Zukunft. Jede Ausgabe des Reichs führt also in irgendeiner Form zu einer finanziellen Belastung der einzelnen Volksgenossen. Jeden einzelnen geht es an, daß die Ausgaben des Reichs niedrig gehalten werden.

2. Güterwirtschaftlich gesehen, bewirkt jede Ausgabe, daß Material und Arbeitsleistungen benötigt werden. Was an Material und Arbeitsleistungen vorhanden ist, muß in erster Linie der Rüstung dienstbar gemacht werden. Wer ohne zwingenden Grund Ausgaben anordnet und so Material und Arbeitsleistungen in Anspruch nimmt, die damit der Rüstung entzogen werden, gefährdet die Versorgung der Wehrmacht und schwächt die Wehrkraft des Reiches.

II. Es ist gleichgültig, ob die Ausgabe in deutscher oder ausländischer Währung zu leisten ist. Die Beträge, die die besetzten oder in Schutz genommenen Staaten als Besatzungskosten oder Kriegsbeiträge leisten, sind Teile der Einnahmen, die dem Reich für die Finanzierung der Kriegsführung zur Verfügung stehen. Unnötige Aufwendungen in fremder Währung verursachen eine Zunahme der aus deutschen Einnahmequellen zu deckenden Reichsausgaben. Jede Steigerung der Besatzungskostenforderungen oder Kriegsbeiträge durch unnötige Ausgaben wirkt außerdem auf die Volkswirtschaften der besetzten oder in Schutz genommenen Länder zurück, schwächt deren Leistungskraft und damit das Rüstungspotential des Reiches.

III. Richtschnur für jeden, der Ausgaben veranlaßt, muß deshalb sein:

1. Jede Geldausgabe, die nicht unbedingt kriegswichtig ist, muß unterbleiben.
2. Ist eine Ausgabe unbedingt kriegsnotwendig, so muß sorgfältig geprüft werden, ob die Ausgabe auch in der beabsichtigten Höhe kriegsnotwendig ist und ob der kriegsnotwendige Erfolg nicht schon durch billigere, behelfsmäßige Maßnahmen erzielt werden kann. Unbequemlichkeiten müssen dabei in Kauf genommen werden.

IV. Diese Richtschnur muß unbedingt durchgeführt werden. Jeder Vorgesetzte hat dafür zu sorgen, daß seine Untergebenen sich den Inhalt dieses Befehls zu eigen machen und danach verfahren. Wer dagegen verstößt, hat Bestrafung und Heranziehung im Wege des Rückgriffs zu gewärtigen.

V. Die Befehlshaber und Inspektoren werden hiermit angewiesen, schärfstes Augenmerk auf Sparsamkeit und Schlichtheit im persönlichen und sächlichen Aufwand bei den Dienststellen und Einheiten der Sich.Pol. zu richten.

I. V.: Spacil.

BefBIS. S. 41

Runderlaß aus dem Bereich des Amtes IV:

Befreiung von Arbeitskräften aus dem altsowjetischen Gebiet von den für Ostarbeiter erlassenen sicherheitspolizeilichen Sondervorschriften; hier: Ostarbeiter bulgarischer Volkszugehörigkeit.

RdErl. des Chefs der Sich.Pol. u. des SD vom 23. 1. 1945
— IV B (ausl. Arb.)-339/44 —

An Sich.Pol. u. SD.

Von nachstehendem, an die höheren Verwaltungs-

behörden gerichtetem RdErl. gebe ich Kenntnis mit der Bitte um Beachtung. Der GBA. und die DAF. sind gebeten worden, nach Herausnahme von Ostarbeitern aus den Sondervorschriften auf jeden Fall eine Verlegung dieser Personen in ein anderes Ausländer-Lager durchzuführen; keinesfalls kommt eine weitere gemeinsame Unterbringung mit Ostarbeitern in Frage.

I. V.: Müller.

BefBIS. S. 41

Anlage:

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD.

IV B (ausl. Arb.) - 339/44.

Berlin, den 23. Januar 1945.

An
die höheren Verwaltungsbehörden.

Betrifft: Befreiung von Arbeitskräften aus dem alt-sowjetischen Gebiet von den für Ostarbeiter erlassenen sicherheitspolizeilichen Sondervorschriften; hier: Ostarbeiter bulgarischer Volkszugehörigkeit.

Bezug: Hies. Erl. vom 25. 7. 1944 — IV B (ausl. Arb.) — 339/44.

Gemäß Ziff. IV des hiesigen Erl. vom 25. 7. 1944 sind Anträge auf Herausnahme von Ostarbeitern bulgarischer Volkszugehörigkeit aus den für Ostarbeiter bestehenden sicherheitspolizeilichen Sondervorschriften bis auf weiteres zurückzustellen. Auf Antrag der Nationalen Bulgarischen Regierung und nach Befürwortung durch den Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz ordne ich nunmehr folgendes an:

Befreiungsanträge von oder für Ostarbeiter, deren bulgarische Volkszugehörigkeit durch eine von der Nationalen Bulgarischen Regierung auszustellende Bescheinigung ausdrücklich anerkannt sein muß, sind mit kurzer Begründung dem Reichssicherheitshauptamt (IV B 2 a) zur Entscheidung vorzulegen. Erst nach dessen Zustimmung, die der für den jeweiligen Arbeitsplatz bzw. Aufenthaltsort zuständigen Kreispolizeibehörde mitgeteilt wird, und nach Aushändigung des Fremdenpasses gilt die betreffende Person als von den für Ostarbeiter erlassenen sicherheitspolizeilichen Sondervorschriften befreit. Die weitere Behandlung richtet sich von diesem Zeitpunkt ab nach den für bulgarische Arbeitskräfte geltenden Bestimmungen.

Im Fremdenpaß ist in die Spalte „Staatsangehörigkeit“ einzutragen:

„Ungeklärt; Volkszugehörigkeit: Bulgare;
Herkunftsland: bes. Ostgebiete.“

Die ausstellende Kreispolizeibehörde unterrichtet über die Entscheidung des Reichssicherheitshauptamtes und die Ausstellung des Fremdenpasses umgehend das zuständige Arbeitsamt, damit dieses die Herausnahme aus den für Ostarbeiter erlassenen arbeits- und steuerrechtlichen Sondervorschriften veranlassen kann.

In Ziff. II des Erlasses vom 25. 7. 1944 war die Errichtung von Ausschüssen für Personen aus dem Reichskommissariat Ostland angekündigt worden. Nachdem diese nunmehr errichtet sind, ist der Abs. 2 der Ziff. II des hiesigen Erlasses vom 25. 7. 1944 zu streichen und dafür folgender Wortlaut einzusetzen:

Anträge von oder für Ostarbeiter estnischen, lettischen oder litauischen Volkstums sind an den

Reichsminister für die besetzten Ostgebiete

— Zentralstelle für Angehörige der Völker des Ostens —,

Estnische (bzw. Lettische oder Litauische) Hilfsstelle,

Berlin NW 7, Prinz-Louis-Ferdinand-Str. 2,

zu richten.

Diese Hilfsstelle unterrichtet an Hand einer Stellungnahme das Reichssicherheitshauptamt (IV B 2 a), welches über die weitere Behandlung entscheidet und die zuständige Kreispolizeibehörde entsprechend unterrichtet. Die weitere Behandlung dieser Personen richtet sich nach den für Esten (bzw. Letten oder Litauer) geltenden Vorschriften. Über die Entscheidung des Reichssicherheitshauptamtes unterrichtet die Kreispolizeibehörde das zuständige Arbeitsamt.

I. V.: Müller.

Bekämpfung des Arbeitsvertragsbruchs ausländischer Arbeitskräfte

RdErl. des Reichssicherheitshauptamts vom 31. 1. 1945
IV B (ausl. Arb.) 5-434/45 —

An die Sich.Pol., nachr. an den SD.

Die politischen Verhältnisse lassen eine gesonderte Behandlung der Bekämpfung des Arbeitsvertragsbruchs der im Reich eingesetzten italienischen Arbeitskräfte nicht mehr zu. Mit hiesigem FS-Erl. vom 21. 8. 1943 — IV D-661/43 (ausl. Arb.) — sind die vorher ergangenen Bestimmungen bereits vorübergehend außer Kraft gesetzt worden. Ich ordne nunmehr folgendes an:

1. Die Bekämpfung des Arbeitsvertragsbruchs italienischer Arbeitskräfte erfolgt nach den Richtlinien der für die übrigen ausländischen Zivilarbeiter ergangenen Bestimmungen der hiesigen Erl. vom 16. 11. 1942, 15. 12. 1942 und 13. 7. 1943 — RF//uCh. dDtPol.—S—IV D — 479/42 (ausl. Arb.).

2. Folgende RdErl. werden hiermit aufgehoben:

- a) RdErl. des Chefs der Sich.Pol. u. des SD vom 19. 11. 1941 — IV D-65/41 (ausl. Arb.) —, betr. Sicherheitspolizeiliche Behandlung der im Reich eingesetzten italienischen Arbeitskräfte;
- b) RdErl. des Chefs der Sich.Pol. u. des SD vom 7. 10. 1942 — IV D-65/41 (ausl. Arb.) —, betr. Behandlung arbeitsvertragsbrüchiger italienischer Arbeitskräfte;
- c) RdErl. des Chefs der Sich.Pol. u. des SD vom 30. 1. 1943 — IV D-65/41-III-(ausl. Arb.) —, betr. Sicherheitspolizeiliche Behandlung der im Reich eingesetzten italienischen Arbeitskräfte;
- d) RdErl. (FS.) des Reichssicherheitshauptamtes vom 21. 8. 1943 — IV D-661/43 (ausl. Arb. — (NÜ. 149 2°

3. ... weise nochmals darauf hin, daß bei Festnahme italienischer Arbeitskräfte wegen Vergehens gegen die Arbeitsdisziplin der italienische Betreuer bei der für den Arbeitsplatz zuständigen Gauverwaltung der Deutschen Arbeitsfront bzw. Landes(Gau)bauernschaft zu unterrichten ist, wenn damit zu rechnen ist, daß die Haft länger als eine Woche dauert, oder wenn sie eine Woche übersteigt.

I. A.: Lischka.

BefBIS. S. 42

Befehlsblatt

Ausgabe A

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt (I Org).
Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck).
Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 7

Berlin, den 24. Februar 1945

6. Jahrgang

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Runderlasse aus dem Bereich des Amtes I. RdErl.
29. 1. 1945 Abwicklungsstelle des BdS. Ostland in
Schöneck/Westpr. S. 43. — RdErl. 2. 2. 1945 An-
erkennungen. S. 43.

Runderlasse aus dem Bereich des Amtes II. RdErl.
2. 2. 1945 Bezug des Heeres-Verordnungs-Blattes.
S. 43. — RdErl. 8. 2. 1945 Lohnsteuerabzug. S. 43.

Runderlaß aus dem Bereich des Amtes IV. RdErl.

30. 12. 1944 Reisescheine für ausländische Arbeits-
kräfte. S. 44.

Runderlasse aus dem Bereich des Amtes N. RdErl.
7. 2. 1945 Genehmigungspflicht für Fernsprech-
einrichtungen. S. 45. — RdErl. 20. 2. 1945 Vereinfachung im F's-Verkehr und Geschäftsbetrieb. S. 45.

Personalmitteilungen. S. 45.

Runderlasse aus dem Bereich des Amtes I:

Abwicklungsstelle des BdS. Ostland in Schöneck/Westpr.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 29. 1. 1945
— I Org. Nr. 22/45 —

An Sich.Pol. u. SD.

Die Abwicklungsstelle des BdS. Ostland in Schöneck/Westpr. wird bis auf weiteres stillgelegt.

I. A.: Wanninger.

BefBIS. S. 43.

Anerkennungen.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 2. 2. 1945
— IA 1 a (2) Nr. 20 694/44 —

An Sich.Pol. u. SD.

Ich habe dem
Kriminalkommissar
Franz Höfler und dem
Kriminalsekretär
Franz Selitsch,

beim Kommandeur der Sicherheitspolizei Wien,
meine Anerkennung für fachliche Leistungen und
persönliche Einsatzbereitschaft ausgesprochen.

Dr. Kaltenbrunner.

BefBIS. S. 43.

Runderlasse aus dem Bereich des Amtes II:

Bezug des Heeres-Verordnungs-Blattes.

RdErl. des RF//uChdDtPol. vom 2. 2. 1945
— S II A 1 a Nr. 309/45-227 —

An die Sich.Pol.

Mit der Umstellung der Abfindung der Sich.Pol. auf Wehrmachtsgrundsätze und der fortschreitenden Anpassung der Verwaltungsvorschriften an die der Wehrmacht wird allen Dienststellen mit Anordnungsbefugnis empfohlen, ab 1. 1. 1945 das Heeres-Verordnungs-Blatt Teil A, B und C zu beziehen. Es ist durch die Post und durch die Feldpostämter erhältlich. Teil A enthält Erlasse mit zeitlich unbegrenzter Gültigkeit, Teil B Verfügungen, die längstens 5 Jahre gelten und dann zu vernichten sind, und Teil C Anordnungen, die nach einem Jahr zu vernichten sind.

Ferner werden den Dienststellen mit Anordnungsbefugnis auf hiesige Veranlassung durch das //Wirtschaftsverwaltungshauptamt künftig die „Wirtschaftsverwaltungsanordnungen“ laufend zugestellt werden.

Soweit diese VO.-Blätter Anordnungen enthalten, die uneingeschränkt oder sinngemäß bei der Sich.Pol. Anwendung finden, werden diese in Zukunft im BefBIS. nicht mehr abgedruckt; es wird vielmehr nur darauf, gegebenenfalls mit entsprechenden Ergänzungen, verwiesen werden.

I. A.: Spacil.

BefBIS. S. 43.

Lohnsteuerabzug.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 8. 2. 1945
— II A 2 a — Nr. 7218/45-256 —

An die Sich.Pol.

(1) Gemäß § 7 der Steuervereinfachungs-Verordnung vom 14. 9. 1944 (RGBl. I S. 202) werden Lohn- und Gehaltsempfänger vom Kalenderjahr 1945 ab nicht mehr zur Einkommensteuer veranlagt, wenn ihr Jahreseinkommen 40 000,— RM nicht übersteigt und in die-

sem Einkommen keine anderen Einkünfte von mehr als 600,— RM enthalten sind. Die bisherige Grenze von 8000,— RM ist somit durch die Grenze von 40 000 RM ersetzt worden.

(2) Zur Durchführung dieser Vereinfachungsmaßnahme hat der RFM. die Lohnsteuertabelle in der Weise ausgestaltet, daß ab 1. Januar 1945 durch den Steuerabzug vom Arbeitslohn (Einbehaltung der Lohnsteuer) die Einkommensteuer der Lohn- und Gehaltsempfänger in allen denjenigen Fällen abgegolten ist, in denen ihr Jahreseinkommen 40 000,— RM nicht übersteigt, vorausgesetzt, daß in diesem Einkommen keine anderen Einkünfte von mehr als 600,— RM enthalten sind.

(3) Die Lohnsteuerbeträge der neuen Lohnsteuertabellen sind bis zu einem Arbeitslohn von

27,20 RM tägl. u.
707,20 RM monatl.

unverändert geblieben. Dienststellen, die keine Arbeitnehmer beschäftigen, deren Arbeitslohn die oben bezeichneten Beträge übersteigt, können demgemäß die bisherigen Lohnsteuertabellen weiter verwenden. Sie bedürfen einer neuen Lohnsteuertabelle nicht.

(4) Neue amtliche Lohnsteuertabellen für die Lohnzahlungszeiträume von einer Woche, von zwei Wochen, von vier Wochen und von fünf Wochen sind nicht auf-

gestellt worden, weil der Arbeitslohn für Arbeitnehmer, deren Arbeitslohn (Gehalt oder Vergütung) die oben bezeichneten Beträge übersteigt, in der Regel nur monatl. abgerechnet wird. Bei Arbeitgebern, die den Arbeitslohn für ihre Arbeitnehmer wöchentl. oder mehrwöchentl. abrechnen, können die bisherigen Lohnsteuertabellen weiter verwendet werden, wenn der Arbeitslohn

163,20 RM wöchentl.,
326,40 RM zweiwöchentl.,
652,80 RM vierwöchentl. oder
816,— RM fünföchentl.

nicht übersteigt. Übersteigt der Arbeitslohn die bezeichneten Lohngrenzen, so kann die Lohnsteuer unter Verwendung der neuen Tages-Lohnsteuertabelle berechnet werden.

(5) Die neuen Lohnsteuertabellen gelten erstmalig für Lohnsteuerzeiträume, die nach dem 31. 12. 1944 enden.

(6) Die amtliche Monats-Lohnsteuertabelle und die amtliche Tages-Lohnsteuertabelle können vom Reichsfinanzzeugamt, Berlin C 2, Poststr. 4/5 (Postscheckkonto Berlin Nr. 8511), bezogen werden; sie kosten je Stück 20 Rpf.

I. A.: Kreklow.

BefBIS. S. 43.

Runderlaß aus dem Bereich des Amtes IV:

Reisescheine für ausländische Arbeitskräfte.

RdErl. des RFuChdDtPol. vom 30. 12. 1944

— S IV B (ausl. Arb.) — 198/41 —

An die Sich.Pol.

Im MBliV. 1945 S. 39 ist folgender RdErl. an alle Pol.Behörden zur Veröffentlichung gelangt, den ich zur Beachtung durch die Dienststellen der Sich.Pol. nochmals zur Kenntnis bringe:

Nach den bisherigen einschlägigen Erl. brauchen im Reich eingesetzte ausländische Arbeitskräfte zur Benutzung der Eisenbahn in jedem Falle einen Reiseschein. Mit Rücksicht auf aufgetretene Zweifel ist folgender Hinweis erforderlich geworden:

- a) Deutsche aus den Volksgruppen, die den blauen sogenannten „Eintragungsnachweis“ der Volksdeutschen Mittelstelle besitzen, fallen trotz ihrer nicht-deutschen Staatsangehörigkeit nicht unter die Reisescheinplicht. Sie werden den deutschen Volksgenossen gleichgestellt.
- b) Ausländische Arbeitskräfte, die im Besitz eines gültigen Sichtvermerks oder Durchlaßscheins sind, brauchen auf der Reise zur oder von der Grenze innerhalb des Reichsgebiets keinen Reiseschein. Als Ersatz gilt an Stelle des Reisescheins der Sichtvermerk oder der Durchlaßschein.
- c) Der Wortlaut der Reisescheine enthält lediglich das Wort „beurlaubt“. Selbstverständlich kann dieser Schein auch zu Fahrten im Interesse des Arbeitseinsatzes benutzt werden. Reisescheine mit entsprechender textlicher Abänderung sind anzuerkennen.
- d) Die Praxis hat ergeben, daß ausländische Arbeitskräfte außerhalb ihres Aufenthalts- bzw. Unterkunftsortes (z. B. Maurer, Techniker auf auswärtigen Baustellen) im Arbeitseinsatz stehen und zum großen Teil auf die tägliche Benutzung der Eisenbahnen zu Fahrten zwischen Wohn- und Arbeitsort angewiesen sind. Es bestehen daher keine Beden-

ken, wenn in diesen Fällen der Reiseschein durch entsprechenden, auf der Rückseite des Teils I vom Betriebsführer (sofern erforderlich, außerdem auf der Rückseite des Teils II von der Pol.-Behörde) aufzunehmenden Vermerk für mehrmalige Fahrten zwischen Wohn- und Arbeitsort (genaue Ortsangaben erforderlich) auf die Dauer von mehreren, höchstens jedoch vier Wochen ausgedehnt wird.

- e) Bei vorübergehender gemeinsamer Verlegung von mehreren ausländischen Arbeitskräften (z. B. Be- und Entladekolonnen des Bevollmächtigten für den Nahverkehr) kann auf Erteilung von Reisescheinen verzichtet werden, wenn ein deutscher Begleiter gestellt wird, der eine namentliche Liste der ihm anvertrauten ausländischen Arbeitskräfte bei sich führt, die vom Betriebsführer ausgestellt sein sowie Ziel und Zweck der Fahrt erkennen lassen muß. Sofern es sich um Ausländer handelt, die einer Aufenthaltsbeschränkung unterworfen sind, und sofern die Verlegung an einen Ort außerhalb des Aufenthaltsbereichs erfolgt, ist die Genehmigung zum vorübergehenden Verlassen dieses Bereiches ebenfalls an Hand einer Sammelbescheinigung durch die Kreis- bzw. Ortspol.-Behörde (letztere bei Ostarbeitern und Polen) zu erteilen.
- f) Teil II der Reisescheine muß bei nachgewiesener Dringlichkeit der Reise auch außerhalb der allgemeinen Bürostunden durch die Pol.-Dienststellen (Nacht- oder Bereitschaftsdienst) erteilt werden, um Verzögerungen zu vermeiden.
- g) Der Reisescheinzwang gilt in gleicher Weise für im Reich aufhältliche Protektorsangehörige.

Zusatz für die Kriminalpolizei(leit)-stellen:

Ich bitte, die Fahndungstreifen auf diesen RdErl. besonders hinzuweisen.

I. A.: Lischka.

BefBIS. S. 44.

Runderlasse aus dem Bereich des Amtes N:

Genehmigungspflicht für Fernsprecheinrichtungen.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 7. 2. 1945
— N/Fe 3 Nr. 3117/45 —

An Sich.Pol. u. SD.

(1) Die einschränkenden Maßnahmen für Fernsprechnebenstellenanlagen und Einzelanschlüsse sind durch die Ausweitung des Krieges und die dadurch bedingte Konzentration aller Kräfte für die Rüstungswirtschaft wesentlich verschärft worden.

(2) Es können daher nur noch solche Anträge berücksichtigt werden, denen eine wirklich kriegsentscheidende Bedeutung zukommt. Liegt diese Voraussetzung nicht vor, müssen Einrichtung, Erweiterung, Auswechslung und Verlegung von Fernsprecheinrichtungen, auch des kleinsten Umfanges, unterbleiben.

(3) Für notwendig werdende Fernsprechanchlüsse, posteigene Leitungen oder Nebenstellenanlagen ist außer meiner Zustimmung die Ausnahmegenehmigung des Generalbevollmächtigten für technische Nachrichtsmittel (GBN) erforderlich.

Bei allen Anträgen, die nur an das Reichssicherheitshauptamt — Amt für Nachrichtenverbindungen — zu richten sind, ist der allerschärfste Maßstab anzulegen.

(4) Hinsichtlich der Durchführung des Genehmigungsverfahrens sind die vorgeschriebenen Formularblätter auszufüllen, die bei den Fernsprechanmeldestellen der Deutschen Reichspost bereit gehalten werden. Eingehende Begründung ist in jedem Einzelfall erforderlich.

Zur Vereinfachung des Genehmigungsverfahrens ist das ausgefüllte Formblatt zur Prüfung der Anschlußmöglichkeiten zunächst der zuständigen Fernsprechanmeldestelle zu übersenden. Nach Rückgabe von der Fernsprechanmeldestelle ist das Antragsformular zur weiteren Bearbeitung hier vorzulegen.

(5) Den Anträgen auf Einrichtung und Erweiterung von Fernsprechanlagen, wobei der Umfang auf das unbedingt Notwendigste zu beschränken ist, sind außer dem Formularblatt ein Fernsprechteilnehmerverzeichnis, aus dem die Arbeitsgebiete der Anschlußinhaber ersichtlich sind, und eine maßgerechte Skizze, in der die Sprechstellen eingezeichnet sein müssen, beizufügen.

(6) Das Ergebnis der Vorverhandlungen mit den Firmen über Erstellung usw. einer Fernsprecheinrichtung ist unter Angabe des Liefertermins, einer genauen Beschreibung des Gerätes und der erforderlichen Dringlichkeitsstufe, unter der der Auftrag von der Firma durchgeführt werden kann, mitzuteilen.

(7) Bei Fliegerschäden wird auf den Erl. des Reichspostministers vom 6. 1. 1944 — II 3550/OKG Bfb 2944 g — Bezug genommen, demzufolge die Reichspostdirektionen in dringenden Fällen Anlagen bzw. Provisorien ohne besondere Genehmigung errichten können.

Im allgemeinen kann eine Ersatzgestellung auch nur dann befürwortet werden, wenn die Voraussetzungen zu Ziff. (2) zutreffen und keine Anlage vorhanden ist.

(8) Die nachstehenden Erlasse des Reichssicherheitshauptamtes werden mit sofortiger Wirkung aufgehoben:

RdErl. vom 13. 11. 1942, BefBIS. S. 345,

RdErl. vom 30. 5. 1944, BefBIS. S. 122. u.

RdErl. vom 1. 8. 1944, BefBIS. S. 182.

(9) Für die Dienststellen des SD/RF// verbleibt es hinsichtlich der Antragsstellung bei dem bisherigen Verfahren.

I. V.: Sansoni.

BefBIS. S. 45.

Vereinfachung im Fs-Verkehr und Geschäftsbetrieb.

RdErl. des Reichssicherheitshauptamtes vom 20. 2. 1945
— N/Nr. 4501/44 —

An Sich.Pol. u. SD.

Im RdErl. vom 29. 9. 1944 — N/Nr. 4501/44 — (BefBIS. S. 286) ist in der Spalte „Abkürzung“ die 2. Abkürzung von Ob.Reg.Rat bis Krim.Ob.Ass. zu streichen.

I. V.: Sansoni.

BefBIS. S. 45.

Personalmitteilungen:

Reichssicherheitshauptamt.

Abgeordnet: //Sturmchef Reg.Rat Herbert Müller zur Stapoleitst. Stuttgart als Vertreter des Leiters.

Staatspolizei(leit)stellen.

Versetzt: //Hauptsturmchef Reg.Ass. Wilde (Stapoleitst. Düsseldorf) zum Reichssicherheitshauptamt.

In den Ruhestand versetzt: Krim.Kom. Jonigkeit Stapoleitst. Dresden).

BefBIS. 1945 S. 45